



Bern-Wabern, 21. Dezember 2015

Focus Syrien

Aktuelle Lage in Syrien

Referat von Christoph Reuter (Der Spiegel) im SEM vom 19. November 2015

Haftungs- und Nutzungshinweis zu Quellen und Informationen

Der vorliegende Bericht wurde von der Länderanalyse des Staatssekretariats für Migration (SEM) gemäss den gemeinsamen EU-Leitlinien für die Bearbeitung von Informationen über Herkunftsländer erstellt (https://www.sem.admin.ch/dam/data/bfm/internationales/herkunftslaender/coi_leitlinien-d.pdf). Er wurde auf der Grundlage sorgfältig ausgewählter Informationsquellen zusammengestellt. Alle zur Verfügung stehenden Informationen wurden mit grösster Sorgfalt recherchiert, evaluiert und bearbeitet. Alle verwendeten Quellen sind referenziert. Dessen ungeachtet erhebt dieses Dokument keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es erlaubt auch keine abschliessende Bewertung darüber, ob ein individueller Antrag auf einen bestimmten Flüchtlingsstatus oder auf Asyl berechtigt ist. Wenn ein bestimmtes Ereignis, eine bestimmte Person oder Organisation in diesem Bericht keine Erwähnung findet, bedeutet dies nicht, dass ein solches Ereignis nicht stattgefunden hat oder dass die betreffende Person oder Organisation nicht existieren. Die Inhalte sind unabhängig verfasst und können nicht als offizielle Stellungnahme der Schweiz oder ihrer Behörden gewertet werden. Die auszugsweise oder vollständige Nutzung, Verbreitung und Vervielfältigung dieses Berichts unterliegt den in der Schweiz geltenden Klassifizierungsregeln.

Clauses sur les sources, les informations et leur utilisation

Ce rapport a été rédigé par l'Analyse sur les pays du Secrétariat d'Etat aux Migrations (SEM) dans le respect des Lignes directrices de l'UE en matière de traitement et de transmission d'informations sur les pays d'origine (https://www.sem.admin.ch/dam/data/bfm/internationales/herkunftslaender/coi_leitlinien-f.pdf). Ce document a été élaboré sur la base de sources d'informations soigneusement sélectionnées. Toutes les informations fournies ont été recherchées, évaluées et traitées avec la plus grande vigilance. Toutes les sources utilisées sont référencées. Cependant, ce document ne prétend pas à l'exhaustivité. Il n'est pas davantage concluant pour décider du bien-fondé d'une demande de statut de réfugié ou d'une demande d'asile particulière. Si un événement, une personne ou une organisation déterminé(e) n'est pas mentionné(e) dans le rapport, cela ne signifie pas forcément que l'événement n'a pas eu lieu ou que la personne ou l'organisation n'existe pas. A noter que ce document a été produit de manière indépendante et ne doit pas être considéré comme une prise de position officielle de la Suisse ou de ses autorités. Par ailleurs, ce rapport est soumis, tant dans son utilisation, sa diffusion et sa reproduction partielle ou intégrale, aux règles de classification en vigueur en Suisse.

Reservation on information, its use, and on sources

This report, written by Country Analysis of State Secretariat for Migration (SEM), is in line with the EU-Guidelines for processing Country of Origin Information (https://www.sem.admin.ch/dam/data/bfm/internationales/herkunftslaender/coi_leitlinien-e.pdf). The report draws on carefully selected sources; they are referenced in the report. Information has been researched, analyzed, and edited respecting best practices. However, the authors make no claim to be exhaustive. No conclusions may be deduced from the report on the merits of any claim to the well-foundedness of a request for refugee status or asylum. The fact that some occurrence, person, or organization may not have been mentioned in the report does not imply that such occurrence is considered as not having happened or a person or organization does not exist. This report is the result of independent research and editing. The views and statements expressed in this report do not necessarily represent any consensus of beliefs held by the Swiss government or its agencies. Using, disseminating, or reproducing this report or parts thereof is subject to the provisions on the classification of information applicable under Swiss law.

Fragen/Kommentare, questions/commentaires, questions/comments:

coi@sem.admin.ch

Inhaltsverzeichnis

1.	Referent.....	4
2.	Die Anschläge in Paris vom 13. November 2015.....	4
3.	Konfliktszenarien.....	5
3.1.	Entsendung "westlicher" Bodentruppen nach Syrien	5
3.2.	Die russische Intervention und die Offensive der syrischen Armee.....	5
4.	Lokalverwaltung in Oppositionsgebieten	6
5.	Lage in den kurdischen Gebieten	8
5.1.	Politische Struktur	8
5.2.	Rekrutierung für die Miliz YPG und Zusammenarbeit mit der syrischen Regierung	9
6.	Situation im Regierungsgebiet	9
6.1.	Rekrutierungen der syrischen Armee	9
6.2.	Die Nationalen Volksverteidigungsmilizen (<i>National Defence Forces</i> , NDF).....	10
6.3.	Afghanische Kämpfer (Hazara) in Syrien.....	10
7.	Aktivitäten der syrischen Geheimdienste im Ausland.....	11
8.	Politische Parteien	11
9.	Fälschungen von Ausweisen und Dokumenten.....	12
10.	Christen.....	12
11.	Migrationsgründe	13
12.	Ausblick	14
13.	Exkurs – Bemerkungen zur Situation im Libanon.....	15

1. Referent

Christoph Reuter (Jahrgang 1968) ist Islamwissenschaftler und Journalist. Für deutsche Medien berichtet er seit vielen Jahren aus Afghanistan und dem Nahen Osten, insbesondere Syrien. Seit 2011 ist er Korrespondent des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*. 2012 wurde er mit dem Titel "Reporter des Jahres" ausgezeichnet. Er ist der Autor mehrerer Bücher u.a. zum Irak und Syrien. Im April 2015 erschien sein jüngstes Werk *Die Schwarze Macht. Der 'Islamische Staat' und die Strategen des Terrors*, wofür er mit dem Sachbuchpreis 2015 des Norddeutschen Rundfunks (NDR) ausgezeichnet wurde.

Auf Einladung der Länderanalyse SEM hielt er am 19. November 2015 ein Gastreferat zur aktuellen Lage in Syrien. Der folgende Text ist eine schriftliche Zusammenfassung seiner Ausführungen. Er wurde von Herrn Reuter durchgesehen und zur Veröffentlichung freigegeben.

Der Inhalt gibt die Einschätzungen des Referenten wieder und muss nicht der Auffassung des SEM entsprechen.

2. Die Anschläge in Paris vom 13. November 2015

Warum hat der sogenannte "Islamische Staat" (IS) die Anschläge in Paris zu diesem Zeitpunkt verübt? Die Fähigkeit dazu hatte der IS schon länger. Meuchelmorde an Rebellenkommandeuren hat der IS z.B. monatelang vorbereitet, indem er entweder Leute aus dem direkten Umfeld des zukünftigen Opfers anwarb oder gezielt eigene Leute einschleuste, um das Vertrauen des Opfers zu gewinnen. Dies war auch der Fall bei einem Gründer der Aktivistengruppe *Raqqa is Being Slaughtered Silently*, welcher vor zwei Wochen geköpft in seiner Wohnung in Urfa gefunden wurde.

In einem anderen Fall in Afrin wurde ähnlich vorgegangen: Ein junger, in den Libanon ausgewandeter Kurde wurde angeworben und über Monate hinweg davon überzeugt, sich dem IS anzuschließen. Dann wurde er in die Türkei zur militärischen Ausbildung geschmuggelt. Von dort ging er zur YPG in Afrin mit dem Auftrag, solange verdeckt dort zu bleiben, bis sich der IS in ein oder zwei Jahren bei ihm melden würde, um ihn zu aktivieren.

Das Vorbereiten von langer Hand ist typisch für den IS. Er hat dies bei der – zuerst friedlichen dann weniger friedlichen - Eroberung von Dörfern in Syrien gezeigt oder bei der Einnahme von Mosul im Irak. Stets wird sorgfältig geplant. Der IS schlägt erst dann zu, wenn er glaubt zu gewinnen.

Was die Anschläge in Paris angeht, so hat man sie jetzt begangen, da der IS zum strategischen Schluss gekommen ist, dass sie nun nützlich sind. Er hat begriffen, dass die Flüchtlingsproblematik bzw. die Wahrnehmung der Flüchtlinge durch die Öffentlichkeit das Potential hat, die "Verhältnisse zum Tanzen" zu bringen: Regierungen können unter Druck gesetzt sowie ein immenses Mass an Unruhe geschaffen werden.

In Paris wurde ein syrischer Pass gefunden, der - soweit wir wissen - gefälscht ist. Es war ein alter Rohling mit griechischen Stempeln, der bis 2020 gültig ist und in Damaskus ausgestellt worden war. Dieser eine Pass eines angeblichen syrischen Flüchtlings reicht aus, um alle Flüchtlinge unter Generalverdacht zu stellen.

Terroranschläge lösen aber auch rasch Vergeltungsmassnahmen aus, was al-Qaida 2001 zeitnah um ihr Domizil in Afghanistan brachte. Man zahlt schnell einen Preis, falls man angreifbar ist. Der IS ist angreifbar, da er eine "Adresse", ein Terrain hat. Darin unterscheidet er sich heute von al-Qaida, die nirgendwo mehr einen Gebiet kontrolliert. Seit 15 Monaten werden Luftangriffe u.a. auf IS-Militärlager geflogen, die bis auf einige Wächter schon zuvor verlassen worden waren. Der IS hat als Reaktion auf seine Anschläge solche Angriffe "eingepreist". Die IS-Kader in Raqqa leben nicht in den Militärlagern, sondern unter der Zivilbevölkerung in der Stadt selbst, die zumindest von den Kampfjets der westlichen Koalition nicht angegriffen wurde.

3. Konfliktszenarien

3.1. Entsendung "westlicher" Bodentruppen nach Syrien

Wenn der französische Staatspräsident Hollande eventuell mit Mandat der Vereinten Nationen und zusammen mit Deutschland und anderen Staaten Bodentruppen nach Syrien schickt, wird sich die Frage stellen: Mit welcher syrischen Konfliktpartei wird man kooperieren? Wahrscheinlich wäre dies die Regierung al-Asad, welche das Land immer noch in den Vereinten Nationen vertritt.

Es gibt in Syrien drei Konfliktparteien: den IS, die Regierung in Damaskus und die Rebellen. In dieser Dreiecks-Konstellation würde jeder Einmarsch einer westlichen Armee an der Seite al-Asads automatisch dazu führen, dass die Rebellen zu Feinden des Westens würden, selbst wenn dies völlig unbeabsichtigt ist. Genau dies wünscht sich aber der IS. Wenn nur noch er und al-Asad da sind, ist das eine für beide viel günstigere strategische Lage. Al-Asads Problem ist nicht der IS; es sind die Rebellen, da sie eine Alternative für Syrien und das Ausland darstellen. Der IS hingegen wird nie eine Option in den Augen der restlichen Welt sein. Für al-Asad ist der IS ein symbiotischer Feind, der es ihm erlaubt zu sagen "Wenn ich weg bin, kommt der IS. Also solltet ihr lieber mich nehmen."

Umgekehrt ist al-Asad für den IS ebenfalls ein wunderbarer Gegner. Den Sunniten kann sich der IS als letzte verbliebene Schutzmacht der sunnitischen Identität gegen "den schiitischen, alawitischen Diktator" verkaufen. Ohne die unterschiedlichen Rebellengruppen in der Mitte, die sowohl al-Asad als auch der IS vernichten wollen, ist die Ausgangssituation viel günstiger.

Dass durch die Provokation einer militärischen Intervention des "Westens" eine solche Entwicklung herbeigeführt werden soll, ist ein mögliches, strategisches Kalkül des IS. Daraus könnte paradoxerweise eine Situation erwachsen, die dem IS nützlich ist, obwohl wir glauben, ihn zu bekämpfen.

Den Amerikanern mit ihrer ganzen Armee und ihren Verbündeten ist es bereits 2010/11 im Irak nicht gelungen, den IS zu vernichten. Dafür ist die Organisation viel zu wandelbar. Sie hatte kein Problem damit, all ihre Territorialansprüche 2008/2009 vorübergehend aufzugeben und zur Schutzgeldmafia im Untergrund von Mosul zu werden. Jedes Gewerbe der Stadt wurde ausgepresst. Mit diesem Geld überlebte der IS bis 2012. Dann präsentierte sich in Nordsyrien eine neue Chance in einem anarchischen Gebiet. Der IS musste in seinen Eroberungen dort nicht gegen eine Zentralmacht anrennen. Vielmehr konnte er wie *Pacman* im Videospiel Ort für Ort, Gruppe für Gruppe unterwerfen, ohne dass die Betroffenen dies anfangs bemerkten.

3.2. Die russische Intervention und die Offensive der syrischen Armee

Als Ende September 2015 die russische Armee in grossem Masse in Syrien stationiert wurde, dachten wir, dass es dadurch zu einer Aufrüstung al-Asads kommen würde. Das Regime könnte es vielleicht schaffen, die Rebellen zu vernichten oder aus ihren Gebieten zu vertreiben. Die Russen erklärten zu Beginn, sie würden den IS angreifen. Später wurde das auf den "Terrorismus allgemein" ausgeweitet. Die ersten russischen Bombardierungen Ende September/Anfang Oktober 2015 trafen die Rebellenstellung in Talbise in der Nähe von Homs, Kafr al-Buda und Kafr al-Zeita in der Provinz Hama und im Süden von Idlib. Ein paar kosmetische Angriffe auf Raqqa, die Zentrale des IS, gab es auch. Doch 95-98% der über tausend Angriffe der ersten Tage (manchmal Dutzende auf eine Gegend pro Tag) galten den Rebellen und nicht dem IS.

Dieses Beispiel zeigt, wie der offiziell deklarierte Feldzug gegen den IS immer wieder politisch "umgenutzt" wird. Die Türkei hat das Ende Juli 2015 vorgemacht, als Ankara eine IS-freie Zone forderte. Unter diesem Motto wurden drei Angriffe auf den IS geflogen, bevor wochenlang die kurdische Arbeiterpartei PKK in der Türkei und im Irak bombardiert wurde. Dies, obwohl die PKK als Gegner des IS eine der wenigen, erfolgreichen Kräfte ist. Die Offensive als "Kampf gegen den IS" darzustellen, verkaufte sich einfach besser. Analoges gilt für Russland.

Aus russischen Quellen wissen wir, dass die ursprüngliche Idee darin bestand, auf so furchterregende Art zu bombardieren, dass der Gegner davonläuft. Die Bombardierungen sind zwar furchterregend, aber auch sehr ungenau. Ein russischer Offizier erklärte, dass man das Billigste abwerfe, was man habe. Es gäbe ja keine Luftabwehr der Rebellen. Hauptsache sei eine grosse Detonationswirkung. Wirklich geschwächt haben diese Angriffe die Rebellen aber nicht.

Als die Bodenoffensive schliesslich begann, verlief sie anders, als wir erwartet hatten: ohne iranische Truppen, ohne libanesische *Hizbullah* und ohne afghanische Hazara. Nur die syrische Armee rückte vor. Die Rebellen hatten von der Offensive vorgängig Kenntnis bekommen, da sie seit ca. zwei Jahren ein engmaschiges Netz der Funkaufklärung aufgebaut haben. Damit gelingt es ihnen, Bewegungen der syrischen Luftwaffe vorherzusagen. Somit waren die Rebellen vorbereitet und die Offensive wurde zum Fiasko für die Armee. Allein am ersten Tag soll sie zwischen zwölf und 26 Panzer verloren haben.

Die Rebellen hatten begriffen, dass sie mit den russischen Bombardements und bei einer Bodenoffensive der syrischen Armee am Ende des Monats tot sein würden, wenn sie nicht trotz aller Rivalitäten untereinander zusammenarbeiteten. Getragen von dieser Einsicht bildeten sie einen gemeinsamen *Operation Room* (d.h. eine Art Koordinationsstruktur). Dazu gehörten die alten Brigaden der *Freien Syrischen Armee* (FSA), die als organisatorische Klammer eigentlich gar nicht mehr existiert. Sie dient jedoch nach wie vor als Emblem für viele unterschiedliche Gruppen. Die FSA stellte die TOW Panzerabwehrraketen (Zielerkennung über 2,5km) zur Verfügung, die sie phasenweise mit Erlaubnis der USA und bezahlt von Saudi-Arabien oder Katar erhalten hatte. Darüber hinaus stellte sie Ingenieurbataillone zum Ausheben von Gräben. Die islamistischen Gruppierungen wie *Ahrar al-Scham*, die am konservativen Rand der Muslimbrüder zu verorten sind, stellten das Gros der kämpfenden Truppe, da sie über die grössten Personalressourcen verfügen. All die Offensiven, die es gegeben hat, haben nur zu minimalen Geländegewinnen geführt. In den letzten zwei Wochen hat die Armee wieder begonnen, sich einzugraben, was ein Indiz dafür ist, dass sie nicht weiter vorrücken wird. Man hat wieder ein Patt.

Das Resultat ist ein militärischer *status quo* von Homs über Hama, Idlib bis West-Aleppo. Die russische Intervention hat dazu geführt, dass sich der Krieg wie ein Geschwür weiterfrisst und keine Seite siegen kann. Der Zerfall des Landes schreitet voran. Al-Asads alawitisches Protektorat an der Küste wird nicht fallen, da dort auch russische Bodentruppen stehen. Die Rebellen ihrerseits sind offensichtlich nicht gewichen und halten ihre Gebiete.

Je gespaltener das Land, desto geringer ist die Chance, dass sich eine geeinte Front gegen den IS bildet.

Wir wissen nicht, was in Wien bei den Verhandlungen geschehen wird. Bis anhin sind die Absichtserklärungen hinter dem zurückgeblieben, was bisher in den Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen – sogar mit Zustimmung von Russland - beschlossen worden war: nämlich ein Ende der Bombardements der Zivilbevölkerung. Diese Resolution wurde völlig ignoriert. Es wird nicht einmal mehr darüber geschrieben. In Wien wird sich jetzt zeigen, ob die Anschläge in Paris, auf das russische Flugzeug über dem Sinai und in Beirut dazu führen, dass jeder sein Lagerdenken aufgibt.

4. Lokalverwaltung in Oppositionsgebieten

Obwohl grosse Teile des Landes seit drei Jahren sich selbst überlassen sind und alle befürchten, dass die *Warlords* diese Rebellengebiete übernehmen werden, sind die zivilen Kräfte in Syrien sehr stark. Seit 2012 erleben wir an vielen Orten sehr kreative und integrative Orts-/Stadträte. Trotz Wegfall des Staats, Elektrizitätsmangel, rechtsfreien Räumen etc. versuchen diese Räte, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Sie werden aus Angehörigen der grossen Familien gebildet (Geschäftsleuten, Anwälten, Ärzten). Aus 100-150 Einwohnern werden 12 gewählt. Diese Räte haben ein hohes Mass an Autorität, weil allen klar zu sein scheint, dass Anarchie zum Untergang führen wird.

Wir haben das im Dorf Korin (ca. 10'000 Einwohner, südlich von Idlib) über längere Zeit beobachtet. Dort gab es 2014 einen Mord. Die Familie des Opfers verlangte Aufklärung, sodass der Dorfrat Ermittlungen durchführte. Er fand heraus, dass zwei Cousins sich gestritten und das Opfer getötet hatten. Nun galt es, eine Blutfehde zu verhindern. Der Fall wurde darauf dem Schariagericht in der nahegelegenen Stadt Benish vorgelegt, weil an diesem Gericht ein anerkannter Jurist tätig war. Diese Instanz wird "Schariagericht" genannt, weil dadurch dessen Legitimität gesteigert wird. Es gibt keine verbindlichen Normen mehr, die die Leute dazu zwingen, die Entscheidungen des Gerichtes anzuerkennen. Man kombiniert somit verschiedene Elemente: Man nennt es Schariagericht, nimmt das alte Zivilgesetzbuch, die Rechtsnormen der Arabischen Liga, bietet Mediation an etc. Es wird also versucht, das Gericht für alle so akzeptabel und respektsgebietend wie möglich zu gestalten.

Das Gericht in Benish verhandelte den Fall und kam zum Schluss, dass die Familie des Opfers entschädigt werden muss. Gleichzeitig wurde Wert darauf gelegt, dass die zu zahlende Summe nicht so gross war, dass die Täterfamilie ruiniert worden wäre. Man einigte sich auf die Summe von SYP 7 Mio. (ca. USD 28-30'000), wofür die Täter Gold und Land verkaufen mussten. Zudem wurden beide Täter für ein Jahr aus dem Dorf verbannt. Das klingt nach Mittelalter, funktioniert aber so.

Ein anderes Beispiel für eine solche souveräne, lokale Selbstorganisation ist Zabadani in den Bergen westlich von Damaskus. Seit 2012 ist der Ort rundherum durch Militärstellungen auf den Hügelzügen belagert. Wir sind im April 2013 zu Fuss dorthin gekommen. Zur selben Zeit gab der Bundesnachrichtendienst (BND) anderen Journalisten ein Briefing über die syrischen Rebellen: Diese "Fuselbärte" hätten keine richtige Ausrüstung. Wenn die einen Panzer bekämen, dann fahre der hundert Meter und sei dann kaputt. Auch Nachtsichtgeräte gäbe es keine. Wir waren gleichzeitig mit zwei Kundschaftern der Rebellen unterwegs, die sehr wohl Nachtsichtgeräte besaßen und diese auch zu bedienen wussten. Auf winzigen Pfaden gelangten wir in die Stadt Zabadani. Wir besuchten den Ortsrat und die beiden Militärbrigaden. Bei der einen gab es einen 2 Meter x 1 Meter Aufriss (Plan aus der Panzergrenadierschule) eines T72 Panzers. Der Leiter der Brigade, ein ehemaliger Panzergrenadieroffizier, meinte: Jetzt hätten sie zwar keine Panzer, doch würden sie nun die Schwachstellen dieses Panzertyps studieren. Wenn sie dann einen Panzer hätten, würden sie lernen, wie man den Motor repariert.

Der Ortsrat und die beiden Brigaden haben Schutzmassnahmen für die belagerte Stadt entwickelt: Rund um Zabadani wurden Kameras vor den Artilleriestellungen der syrischen Armee aufgebaut und mit kilometerlangen Kabeln verbunden. Sie sind mit einem unterirdischen Kontrollraum vernetzt und werden durch Strom aus Generatoren betrieben. Wenn ein Panzer den Motor anlässt, wird in der Stadt Alarm ausgelöst und mitgeteilt, wann und aus welcher Richtung Beschuss zu erwarten ist. Dieses Warnsystem ist auch deshalb beeindruckend, da alles, was die Stadt versorgt, über Bergpfade zu Fuss oder auf Eseln in einem zwölfstündigen Marsch transportiert werden muss.

Der Sozialreferent des Stadtrates von Zabadani verfügte über Exceltabellen zur Versorgung der Bevölkerung (ca. 30'000 Personen) aus den umliegenden Dörfern. Diese werden zwar von der Regierung kontrolliert, doch konnten manchmal alte Frauen zwischen ihnen zirkulieren. Aus Spenden reicher Leute aus Zabadani, die im Ausland leben, wurde so ein Sozialhilfenetz betrieben. Jeder bekommt pro Monat USD 5. All das funktioniert – aber nur lokal. Die Räte verschiedener Orte haben sich nie zusammengeschlossen, da Misstrauen gegenüber weiter entfernten Dörfern herrscht. Die Selbstkontrolle der lokalen Gemeinschaften durch diese Räte ist sehr hoch. Es ist aber eine Revolution der "Lokalisten".

Anders sieht es bei den Rebellen aus. Sie sind zersplittert und unterlaufen häufige Namenswechsel, was teilweise auf ihre Geldgeber (die verlässlichsten sind Saudi-Arabien, Katar, die Türkei) mit ihren widersprechenden Interessen zurückzuführen ist. Sie wollen mit "ihren" Brigaden ihre Konkurrenz im Feld pflegen. Vor diesem Hintergrund sind verschiedene Schirmgemeinschaften entstanden und wieder zerfallen. Die FSA war die erste. Heute gibt es das "*Heer der Eroberung*" (arab. *jaish al-fatah*), doch weiss keiner, wie lange diese Allianz halten wird. Dennoch zeigen sich diese Rebellenfraktionen kohärenter als die zivile, politische

Opposition. Sie sind in der Lage, in Kooperationen über mehrere Provinzen zu agieren. Sie wissen, dass sie sonst strategisch chancenlos sind.

Im Gegensatz dazu haben die Ortsräte keine Notwendigkeit zur Kooperation. Eine Ausnahme war die Polio- und Cholerabekämpfung. In diesem Falle klappte die Zusammenarbeit sehr gut mit einer US-amerikanischen Gesundheitsorganisation, die Kühlketten zur Verfügung gestellt hatte.

5. Lage in den kurdischen Gebieten

5.1. Politische Struktur

Im Norden werden die Kurden sich selbst überlassen und versuchen, ihren eigenen *de facto* Staat *Rojava* aufzubauen. Sie sagen zwar immer, dass sie keinen eigenen Staat gründen wollen. Sie unternehmen jedoch alles, um einen eigenen Staat zu gründen.

Im Unterschied zu den "Lokalisten" der restlichen Opposition sind die drei kurdischen "Kantone" räumlich teilweise getrennt aber sehr gut organisiert. Afrin hat eine Premierministerin (eine ehemalige Chemielehrerin), ein Kabinett mit einem Aussenminister und einem Chef des Sicherheitsdienstes. Es handelt sich um eine komplette Regierung. Sie nimmt für sich in Anspruch, im Kanton Afrin *de jure* und *de facto* die Macht auszuüben. Es werden auch Gesetze (z.B. ein Gesetz zur Registrierung anderer Parteien) erlassen. Wahlen hat es zwar nie gegeben, doch besteht kein Zweifel daran, dass die syrische Kurdenpartei PYD (mit der türkischen PKK verbunden) solche gewonnen hätte

Die PYD verwaltet die Kantone zentral. Der Grund dafür liegt in der Verbindung zur PKK: Als führende Kraft hat die PKK über 20-30 Jahre grossen Wert auf Verwaltung, Schulung administrative Fähigkeiten und eine klare Kommandostruktur gelegt.

Sehr demokratisch ist die PYD-Verwaltung indes nicht. Kurdische Oppositionsparteien haben es ausgesprochen schwer. Die PYD und ihre Miliz YPG haben grosse Zustimmung aufgrund der Verunsicherung unter der kurdischen Bevölkerung erfahren. Viele stellten sich die Frage "Wer kann uns am besten beschützen?" Das war politisch die PYD und militärisch die YPG. Selbst manche Personen, welche in der Vergangenheit kritisch der PYD gegenüber standen, sehen in ihr heute eine Notwendigkeit als zentrale Beschützerin der Kurden: heute vor dem IS, morgen vielleicht vor der Türkei.

Die PYD hat über Jahre einen Kurs gefahren, der einer Art Nichtangriffspakt mit der syrischen Armee gleichkam. Das führte dazu, dass kurdische Orte fast nicht zerstört wurden. Dann drehte sich der Wind etwas und die Beziehungen zu den Rebellen wurden verbessert. Mit dem russischen Aufmarsch hat die PYD in Aleppo wieder die Seiten gewechselt. An der *Castello Road* - der einzigen noch existierenden Zufahrtsstrasse nach Ost-Aleppo – beschossen kurdische Scharfschützen die Autos. Dort kämpft die YPG nun wieder an der Seite des Regimes, was sie an anderen Fronten nicht tut. Die einzige Maxime für die PYD/YPG/PKK ist der eigene Staat. Auf dem Weg dahin wechseln sie bereitwillig die Bündnisse, um zu verhindern, dass die kurdischen Orte so zerstört aussehen wie Aleppo

In Kobane steht zwar kaum noch ein Haus. Al-Qamshili und Afrin sind aber Inseln eines relativen Friedens. Insbesondere Afrin ist wie eine Zeitkapsel aus einem friedlichen Syrien der Vergangenheit. Kampfhandlungen gibt es keine. Es gibt keine Massenmorde und wenig Folter in den Gefängnissen. Allgemein gibt es wenige Häftlinge, abgesehen von Kämpfern des IS, die gefangen genommen worden sind. Abends um zehn sind Familien auf der Strasse, es gibt relativ viel Strom. Neue Fabriken sind entstanden z.B. Mineralwasserabfüllanlagen oder textilverarbeitende Betriebe. Kurden, welche Unternehmen in Aleppo unterhielten, habe diese nach Afrin verlegt. Dank dieser Wirtschaftskraft ist Afrin ein funktionierender Ministaat.

Kurdisch in lateinischen Buchstaben steht als erste Sprache auf dem Lehrplan der Schulen. Die arabische Sprache wird nicht als Teil der eigenen Identität empfunden. Der Blick in die Zukunft richtet sich auf Europa. Man folgt Atatürks Modell von vor hundert Jahren, indem man sich aus dem alten, arabischen Umfeld löst und zur lateinischen Schrift übergeht. Auch in der

Umstellung von Sommer- auf Winterzeit folgt man Europa und nicht mehr Damaskus.

Dennoch hat der Musterkanton Afrin ein Problem. Viele glauben nicht mehr an die Zukunft und gehen ins Ausland. Bitter klagen Lokalpolitiker: "Wir wollen hier Kurdistan aufbauen und ihr wollt Tellerwäscher in Deutschland werden." Es gibt ein Ausreiseverbot aus Afrin für Männer, da man sie vor Ort braucht.

5.2. Rekrutierung für die Miliz YPG und Zusammenarbeit mit der syrischen Regierung

Ursprünglich war der Militärdienst in der kurdischen Miliz YPG freiwillig. Seit Herbst 2014 ist der Dienst aber obligatorisch. Wer nicht einrücken wollte, musste Afrin verlassen. Die einen nennen es Wehrpflicht, die anderen nennen es Zwangsrekrutierung. Ich weiss nicht, ob man heute ins Gefängnis kommt, wenn man den Dienst in der YPG verweigert. Im Gefängnis von Afrin sassen zehn bis 15 junge Leute, die sich nicht gefügt hatten. Niemand will sich heute mehr irgendeiner Kampfgruppe anschliessen. Viele gut Ausgebildete, die das nötige Geld haben, haben sich aus Afrin nach Europa aufgemacht.

Wir wissen, dass Oppositionelle ("Zielpersonen") von der YPG verhaftet und an den syrischen Geheimdienst übergeben worden sind. Davon gab es mehrere Fälle. Die YPG hat diese in ihrem Einflussgebiet in al-Qamishli festgenommen und den syrischen Behörden ausgeliefert. Al-Qamishli ist eine absurde Stadt: Manche Stadtteile sind unter der Kontrolle der Regierung, andere untr Kontrolle der Kurden. Daneben gibt es assyrische Quartiere. Gesuchte hatten sich in den Kurdenvierteln sicher gefühlt, wurden jedoch dort von der YPG aufgegriffen und zwei Strassen weiter der Regierung übergeben. Es handelte sich um politische Oppositionelle, z.B. FSA-Kämpfer, übergelaufene oder desertierte Soldaten, die spezifisch von der Regierung in Damaskus gesucht wurden. Kurden waren nicht dabei. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die YPG einen Kurden an die Regierung ausliefert. Das wäre Verrat.

Dass die PYD/YPG Kurden verhaften, um sie zum Wehrdienst der syrischen Armee zu übergeben, klingt nach einer etwas komischen Konstruktion. Es ist zu vermuten, dass die YPG die wehrfähigen Kurden für den Dienst in den eigenen Reihen benötigt.

6. Situation im Regierungsgebiet

6.1. Rekrutierungen der syrischen Armee

Das Regime ist dabei massiv zu rekrutieren, da ihm die Männer fehlen. Waffen und Geld sind genügend vorhanden. Das Regime betrachtet grundsätzlich nur Alawiten als loyal, selbst Drusen erachtet man in Damaskus nicht mehr als sehr loyal, ebenso wenig Ismailis. Das ist der grosse Konfliktpunkt: Die Alawiten sind zwar loyal, wollen aber keinen Militärdienst mehr leisten. Sie wollen nicht in Daraa, Deir ez-Zor oder anderswo fern der alawitischen Gebiete sterben. Die alawitische Gemeinde hat bereits mit hohen Verlusten bezahlt und will nicht noch mehr bluten.

Auch wenn es um die Verteidigung geht, ist Syrien lokalistisch organisiert. Jeder kämpft für seinen Ort: Die Drusen bleiben der Regierung treu, verteidigen aber nur Suwayda. Die Ismailis aus Salamiya (östlich von Hama) gehen nicht zur Opposition aber auch nicht zur Armee in anderen Städten, sondern verteidigen sich vor Ort.

Das führte zu bizarren Söldnerkonstrukten als Überbrückungslösungen: Die Iraner schicken schiitische Hazara-Afghanen an die Front (cf. Kapitel 6.3). Ebenso wurden die libanesische *Hizbullah* oder Iraker eingesetzt. Kein Ausländer stirbt jedoch gerne in Syrien, und keine ausländische Kraft möchte gerne ihre Soldaten dort sterben sehen.

In den Gebieten ihrer alawitischen Kernklientel wie Latakia oder Tartus rekrutiert die syrische Armee an Checkpoints.

6.2. Die Nationalen Volksverteidigungsmilizen (*National Defence Forces*, NDF)

Der Deal der Bevölkerung mit der syrischen Regierung "Wir unterwerfen uns und halten den Mund; dafür gibt es eine staatliche Ordnung und wir sind geschützt" geht nicht mehr auf. In vielen Orten wie Latakia, in den alawitischen Vierteln von Homs, in Suwayda oder in Teilen von Damaskus ist die militärische Macht aus der Not heraus auf die Nationalen Verteidigungsmilizen (*National Defence Forces*, NDF) übergegangen. Diese wurden als Paramilitärs aufgebaut. Viele dieser NDF plündern an Checkpoints, entführen Geschäftsleute und belästigen die Bevölkerung. Sie können mit absoluter Willkür und Straflosigkeit agieren, da die Regierung auf sie angewiesen ist. Wenn die NDF sagen, "wir gehen nach Hause" ist niemand mehr da, der für die Regierung kämpft.

Die Grundidee, die NDF als lokale Schutztruppen einzusetzen, damit die Armee an anderer Front kämpfen kann, funktioniert nicht. Sie agieren zwar lokal, doch plündern sie die Bevölkerung. Für viele waren die NDF eine Chance, einen Sold zu bekommen und machen zu können, was man will. Ein Beispiel aus Homs: In der Stadt war es zu einer Serie von Anschlägen gekommen, welche die lokalen NDF "Terroristen" zuschrieben. Als die Juwelierläden im armenischen Viertel angegriffen wurden, stellte sich heraus, dass der NDF für die Explosionen und Plünderungen verantwortlich war. In der Folge kam es zu Kämpfen zwischen Einheiten des Luftwaffen-Nachrichtendienstes und den NDF um die Herrschaft in der Stadt. Ganz entschieden ist diese Rivalität bis heute nicht.

Ein anderes Beispiel: In Latakia unterhalten verschieden Cousins Baschar al-Asads Milizen, die miteinander in Territorialkämpfe verwickelt sind. Vor ca. zwei Monaten drängte sich einer der Cousins – Sulaiman – mit seinem Geländewagen an einem Checkpoint nach vorne. Ein alter Oberst der Luftabwehr stieg aus, zeigte seinen Militärausweis und forderte Sulaiman auf, sich wieder zurück in die Schlange zu stellen. Darauf schoss Sulaiman den Offizier nieder. Dies führte zu einem enormen Aufruhr, da sich die Bevölkerung einer vollkommenen Willkür ausgeliefert sah.

6.3. Afghanische Kämpfer (Hazara) in Syrien

Laut internen Angaben der *Pasdaran* (iranische Revolutionsgarde) sind zwischen 10'000 und 20'000 afghanische Hazara in Syrien. Wir haben mit zwei Gefangenen in Aleppo gesprochen und kennen Vernehmungsprotokolle u.a. aus Daraa und Hama. Hazara werden an allen Fronten eingesetzt. Zuerst versuchten die *Pasdaran*, in Afghanistan Hazara anzuwerben, was jedoch nicht sehr erfolgreich war. Die Kandidaten verlangten mindestens USD 3'000 und manche verschwanden nach Erhalt des Soldvorschusses vor ihrer Abreise nach Syrien.

Darauf entwickelte die Revolutionsgarde eine neue Rekrutierungsstrategie. Mehr als 1 Mio. Hazara arbeiten als illegale Arbeitsmigranten im Iran. Sie gelten dort als Billigarbeitskräfte z.B. auf den Baustellen Nord-Teherans. Ende 2013 wurden vermehrt Razzien in Teheran durchgeführt. Hunderte von Hazara wurden verhaftet. Sodann machten ihnen die *Pasdaran* ein Angebot: Freilassung, USD 200-300 (ein Vermögen für einen Hazara) und vielleicht sogar eine iranische Aufenthaltsbewilligung. Als Gegenleistung mussten sie für drei Monate in Syrien die heiligen Schreine bewachen. Falls sie das Angebot nicht annähmen, würden sie ebenfalls nach Syrien geschickt, aber ohne Sold.

Gruppen von mehreren hundert Hazara wurden darauf im Iran in Lagern der *Pasdaran* für zwei Monate ausgebildet. Danach wurden sie in Zivilkleidern nach Damaskus geflogen. Manche konnten dort ein zweitägiges Besuchsprogramm inkl. des Schreines Sayda Zainab absolvieren, bevor die Weiterreise per Flugzeug nach Latakia erfolgte, von wo aus die Hazara an die vorderste Fronlinie geschickt wurden.

Aus der Gruppe von 26 Hazara, aus der die beiden stammen, mit denen wir sprechen konnten, waren nach einem Tag an der Front bis auf die zwei alle tot. Hazara sind Kanonenfutter für den Iran. Der Iran möchte nicht Leichensäcke mit eigenen Soldaten nach Hause schicken. Die Hazara werden im Iran verhaftet, um sie gefügig für einen Einsatz in Syrien zu machen. Das

Reservoir ist fast unerschöpflich. Während für Iraner oder alawitische Offiziere jederzeit ein Gefangenenaustausch mit dem Gegner möglich ist, interessiert sich niemand für Hazara. Sie haben keinerlei Verhandlungswert.

Den Hazara wurde eingeschärft, dass sie sich nie ergeben dürfen, da der Feind sie sofort köpfen würde. Sie funktionieren wie Roboter. Zwar kämpfen sie relativ furchtlos, doch sind sie konfus und führungslos, sobald sie auf sich selbst gestellt sind. Sie kennen sich in Syrien nicht aus, haben kein Geld und sprechen kein Arabisch. Ihre Gesichtszüge sind derart auffällig, dass sie sich nirgendwo unerkant verstecken können. Auch bei der jüngsten iranischen Offensive, bei der der Iran durchblicken liess, dass er Tausende von Soldaten in Bereitschaft habe, dürfte es sich überwiegend um Afghanen handeln. Wenn man sich die Opferzahlen der Iraner der letzten Wochen anschaut, zeigt sich ein absurdes Bild: etwa zehn normale Kämpfer, drei Generäle, zwei Oberste und weitere Kommandeure, welche als Militärplaner für die syrische Armee unterwegs waren und ausserordentlich zielgenau durch Raketen oder Scharfschützen getötet wurden.

7. Aktivitäten der syrischen Geheimdienste im Ausland

Seit zwei Jahren haben wir nicht mehr gehört, dass im Ausland Leute vom syrischen Geheimdienst umgebracht oder drangsaliert worden seien. Selbst in der Türkei, wo es 2012 noch zwei bis drei Fälle gab, wo übergelaufenen Offiziere entführt und ermordet wurden, haben wir keine Hinweise mehr darauf gesehen. Die Kapazitäten der syrischen Geheimdienste sind vollständig damit ausgelastet, in Syrien selbst aktiv zu sein. Die syrische Armee ist deshalb nicht in grossen Teilen kollabiert, weil Politikommissare in den Einheiten darüber wachten, dass Soldaten nicht desertierten. Auch an den Checkpoints war immer ein Vertreter des Geheimdienstes mit dem Befehl, auf Flüchtende zu schiessen. Dadurch wollte man verhindern, dass noch mehr sunnitische Soldaten desertieren.

Wer jedoch spioniert, versucht zu entführen und Gegner zu ermorden, ist der IS. Er hat z.B. versucht, einen Kommandeur aus Raqqa in der Südtürkei zu entführen, indem er über Monate hinweg dessen Fahrer angeworben hat. Ferner gab es die Ermordung der Aktivisten der Gruppe *Raqqa is Being Slaughtered Silently*.

8. Politische Parteien

Die Muslimbrüder spielen im Wesentlichen eine Rolle über die *Ahrar al-Scham*, die wie die Muslimbrüder viele Sozialprogramme anbieten: Nahrungsmittelhilfe, Unterstützung für Schariagerichte, medizinische Versorgung. Man präsentiert sich sehr islamisch, versucht aber offen und akzeptabel für diejenigen zu sein, die nicht sehr ideologisch sind, jedoch eine grosse, finanziell solide Brigade wollen. Es sind sozusagen "militärische Muslimbrüder".

Nach der Niederschlagung des Aufstandes 1982 sind in Syrien keine Muslimbrüder mehr verblieben. Manche gingen nach London. Für eine Partei ist es schwierig zurückzukommen, wenn man 30 Jahre lang nicht im Land gewesen ist. Als veritable Partei haben wir sie nicht wahrgenommen. Katar unterstützt die *Ahrar al-Scham* mit dem Fernziel, dass die Muslimbrüder in der Zukunft die Macht übernehmen sollen. Damit hätte Katar einen naturgegebenen Verbündeten in Syrien. National agierende Oppositionsparteien nehmen wir in Syrien kaum wahr.

Personen und Kräfte, die nicht im Land selbst sind, werden nichts in Syrien verändern. Die Lokalräte in bombardierten Orten und die anderen Gruppierungen im Land werden sich nichts von Politikern sagen lassen, welche in Istanbul oder Gaziantep sitzen. Sie nennen sich zwar Exilregierung, schaffen es aber nicht, irgendeine Hilfe aufzubauen. Viele dieser Oppositionspolitiker sind irgendwie auf ihre Posten gekommen, ohne etwas leisten zu müssen und kleben nun auf ihren Stühlen. Dies analog zur syrischen Verwaltung, wo man auch während 40 Jahren nie etwas leisten musste, um einen Posten zu behalten. Das Konzept der Leistung existiert(e) schlicht nicht. Man hat nicht den Eindruck, dass die Exilpolitiker einen Plan haben. Sie verstehen auch nicht, dass diejenigen das Heft in der Hand haben, welche in Syrien

selbst sind. Ohne die Opposition in Syrien selbst wäre die Auslandsopposition irrelevant. Die Koalition mit Sitz in Gaziantep gilt nicht als sehr verlässlich. Ihre Glaubwürdigkeit leidet auch essentiell darunter, dass sie im sicheren Ausland bleibt und nie zur Bevölkerung geht, die in täglicher Angst vor dem Tod lebt.

Jenseits des Regimes gibt es nur zwei Kräfte in Syrien, die eine klare Idee davon haben, was für einen Staat sie wollen und diese auch Schritt für Schritt durchsetzen: die Kurden und den IS.

9. Fälschungen von Ausweisen und Dokumenten

Es gibt keine klare Unterscheidung mehr zwischen echten und gefälschten Ausweisen. Personen, die von der Regierung gesucht werden, können sich "echte" Pässe (auf Wunsch mit Ein-/Ausreisestempel) über Mittelsmänner für USD 600-2'000 beschaffen. Wie genau die Logistikkette der Fälscher funktioniert, wissen die Endkunden nicht. Sie stehen nur mit den Mittelsmännern Kontakt. Es wäre sozusagen ihr letzter Gang, wenn sie auf das Passamt in ihrem Heimatort gingen, um dort einen Ausweis zu beantragen, da sie sofort verhaftet würden.

Die staatliche Macht ist in Syrien in Auflösung begriffen. Jeder braucht Geld: Alles ist käuflich. Man kann Familienbüchlein, Pässe, Ausweise etc. durch Bestechung bekommen. Der Endkunde weiss dabei in der Regel gar nicht, ob er einen echten Rohling oder eine Fälschung erhalten hat. Man bezahlt an Mittelsmänner, die für ihren guten Leumund bekannt sind (ähnlich wie bei Schleusern). Ob der gelieferte Ausweis dann wirklich von den Behörden ausgestellt wurde, ist unklar. Es spielt auch keine Rolle mehr, da z.B. am Athener Flughafen die Grenzpolizei nur kurz auf den Ausweis schaut, die Flüchtlinge aber sowieso durchwinkt. An der türkischen Grenze wird, wenn sie denn einmal geöffnet ist, eher auf die Ausweise geachtet.

Die Kategorisierung "echtes Dokument oder Fälschung" lässt sich so nicht aufrechterhalten. Für viele Leute gibt es gar keine Möglichkeit mehr, legal an Papiere zu kommen. Es hat sich unterdessen völlig etabliert, dass man sie durch Schmiergeld bekommt.

Seit ungefähr einem Jahr können auch Syrer, die dauerhaft im Ausland leben, einen Pass auf syrischen Botschaften gegen eine Gebühr von USD 400 beantragen. Bekannte haben das ausprobiert, jedoch unterschiedliche Auskünfte bekommen. Je nachdem, wie gesucht sie durch die syrischen Sicherheitsdienste waren, kostete es USD 1'000 oder mehr. Über Mittelsmänner konnten sie in Erfahrung bringen, ob es für sie ratsam sei, selbst zur syrischen Botschaft in Beirut zu gehen oder doch besser den Mittelsmann (gegen Zusatzgebühr) mit dem Behördengang zu beauftragen.

Bei der Beschaffung von Papieren, die Familien zur Ausreise brauchen (z.B. Familienbüchlein), stellen wir einen seit einigen Monaten einen starken Wandel bei den Behörden fest. Waren sie in der Vergangenheit bei sunnitischen Familien aus Oppositionsgebieten sehr unkooperativ, so werden die Dokumente – wie z.B. Beglaubigungen von Universitätszeugnissen, Familienbüchlein - nun rasch und effizient ausgestellt. Aus Quellen im Regime haben wir gehört, dass eine Angst vor einer sunnitischen Überfremdung der Küstengebiete besteht. Tartus soll alawitisch bleiben; Latakia soll nicht noch sunnitisch werden. Man bereitet sich mithin auf ein konfessionell gesäubertes "Alawitistan" vor. Man misstraut Sunniten und will sie loswerden.

10. Christen

Die syrischen und russischen Staatsmedien haben versucht, die Christen als niebelungentreue Unterstützer al-Asads darzustellen, welche von "Terroristen" umgebracht werden. In Wirklichkeit ist die Lage viel differenzierter. Die Kirchenoberen insbesondere der orthodoxen Kirchen unterliegen eher dem Willen Damaskus'. Sie sehen in al-Asad den säkularen Garanten der Stabilität. Eine Hierarchiestufe tiefer stellt sich das Bild extrem unterschiedlich dar. Manche christlichen Gemeinden sind loyaler zur Regierung denn andere. In Yabroud gab es eine christliche Kampfbrigade auf Seiten der Opposition. In der Nähe von Rastan – einer lang umkämpften sunnitischen Stadt, aus der viele Offiziere kamen – gab es ein

christliches Dorf, wohin die Opposition ihre Verwundeten zur Genesung bringen konnte. Die Armee wusste davon nichts. Gleichzeitig hat das Dorf nie ein Poster al-Asads heruntergerissen oder sich illoyal gegenüber der Regierung gezeigt. Man versuchte, sich mit allen Seiten ins Vernehmen zu setzen.

In der bekannten Klosterstadt Maaloula positionierte die syrische Armee die Artillerie auf einem Hügel direkt neben dem Cherubin-Kloster. Von dort wurden die umliegenden sunnitischen Dörfer beschossen, bis diese das Feuer erwiderten. Sodann verbreitet die Regierung die Meldung, dass die Christen angegriffen würden, was man in der Tat aus Propagandagründen vorsätzlich provoziert hatte.

Wir haben es beim Thema Christen also mit einer Mischung aus elaborierter Propaganda, echten Morden (z.B. in Idlib), der ungeklärten Entführung zweier Bischöfe etc. zu tun. Es fliehen viele Christen, weil sie gut vernetzt sind, Familien schon im Ausland haben und es in manchen Ländern auch leichter haben, als Flüchtlinge aufgenommen zu werden. Es gibt aber nach wie vor christliche Gemeinden, die mitten in der Kampfzone in guter Nachbarschaft mit sunnitischen Gemeinden zusammenleben.

Es gibt assyrische Milizen in al-Qamsihli, die gute Beziehungen zur YPG unterhalten. Die Assyrer sind eine sehr kleine Gruppe und haben vermutlich kein Interesse daran, dass ihnen die eigenen Leute davonlaufen. Bei al-Qamishli hat es an den Rändern sehr heftige Kämpfe gegen den IS gegeben. In den Augen des IS sind die Assyrer Ungläubige und somit legitime Opfer. Insofern würde es nicht überraschen, wenn es auch bei den Assyrern Ausreisebeschränkungen ähnlich derer der Kurden gäbe.

11. Migrationsgründe

Viele Syrer – anfangs vor allem aus den bombardierten Oppositionsgebieten –, die sich eine Reise nach Europa nicht leisten konnten und während Jahren von Ort zu Ort gezogen oder in die Nachbarländer geflüchtet sind, glauben nicht mehr an eine Rückkehr. Da zeigt sich u.a. darin, dass seit ca. einem Jahr Nichtregierungsorganisationen in Syrien ihr lokales Personal verlieren. Seit Monaten erleben wir im Libanon, dass die Zahl Syrer, die aus dem Regierungsgebiet fliehen, rasant in die Höhe gegangen ist - wobei diese Personen fast geschlossen unverzüglich weiterreisen, per Flugzeug oder Frachterpassage von Tripoli aus. Gemäss deutscher Botschaft in Beirut sind allein in den Sommermonaten 2015 bis zu 2'000 Personen pro Tag ausgereist.

Diejenigen, die heute Syrien verlassen, tun dies als Resultat einer Lebensentscheidung: Sie haben Familie und wollen eine Zukunft mit Schulbildung für die Kinder. Die meisten sehen nicht die Möglichkeit, nach Syrien zurückzukehren. Sie gehen auf Dauer.

Es ist möglich, dass Syrer aus dem Libanon nach Syrien zurückkehren. Das hängt davon ab, aus welcher Gegend in Syrien sie kommen. Festnahmen richten sich im Wesentlichen danach, welcher Ort auf der Identitätskarte eingetragen ist. Wenn man nicht aus Rastan/Talbisa oder den Orten kommt, die beim Regime als Hochburgen der Opposition gelten, kann man durchaus nach Syrien gehen. Das grösste Problem dürfte sein, dass die libanesischen Behörden die (Wieder-)Einreise unter Umständen erschweren. Die grüne Grenze zwischen dem Libanon und Syrien ist sehr schwer passierbar geworden, da sie von der *Hizbullah* kontrolliert wird. Bis vor einer Weile war es im Prinzip möglich, dass Flüchtlinge wieder in ihre Heimatorte zurückkehren. Ihre Fluchtgründe waren nicht unbedingt politisch. Im Wesentlichen sind sie vor den anhaltenden Bombardierungen und der Arbeitslosigkeit geflohen.

Was die Profile der vom UNHCR zur Umsiedlung (Resettlement) ausgewählten Flüchtlinge betrifft, kenne ich nur die ersten Gruppen etwas besser, die über die UNHCR Auswahl nach Deutschland kamen. Das waren Familien, die unter einer grossen medialen und politischen Beobachtung standen, da man wissen wollte, wer ausgewählt worden war. Darunter waren u.a. alleinerziehende Eltern, schwere Trümmerbrüche, also Fälle, die sehr nachvollziehbar waren.

Wer heute ausgewählt wird und in welchem Masse innerhalb des UNHCR Korruption möglich

ist, sodass man sich dort Plätze kaufen kann, weiss ich nicht. Es würde mich aber nicht sonderlich wundern.

Es gibt unter den Alawiten Absatzbewegungen ins Ausland v.a. bei jungen Männern. Sie befürchten nicht Racheakte aus anderen Bevölkerungsgruppen. Vielmehr fliehen sie vor der bevorstehenden Einberufung in die Armee und befürchten, gleich an die Front geschickt zu werden.

Wären die Rebellen näher an Latakia herangekommen und gäbe es keine internationalen Verhandlungen, so wäre es vermutlich zu einer grossen Fluchtwelle von Alawiten gekommen. Sie hätten – leider wohl nicht ganz zu Unrecht – befürchten müssen, dass die Bevölkerung an ihnen Rache nehmen würde.

Heute fliehen die Leute wegen allgemeiner Aussichtslosigkeit, vor dem Militärdienst und weil sie das Gefühl haben, dass eine normale Wirtschaftsexistenz nicht mehr möglich ist.

12. Ausblick

Ich glaube nicht, dass es gelingen wird, die verschiedenen Konfliktparteien - ohne den IS – zusammenzubringen, solange die Familie al-Asad an der Macht bleibt. Dieses Regime folgt in seiner gesamten strategischen Ausrichtung der Maxime "Wir müssen siegen." Die Alawiten waren eine winzige Minderheit, die nie die Macht innehatte, sondern als Dienstboten und Kleinbauern arbeitete. Für al-Asad ist jeder Kompromiss gleichbedeutend mit dem Totalverlust der eigenen Macht.

Während Jahren kultivierte die Familie al-Asad permanent die Feindschaft der Alawiten mit den anderen Bevölkerungsgruppen. Versöhnungsversuche führender Alawiten nach der Niederschlagung des Aufstandes in Hama 1982 wurden selbst im Jahr 2000, dem Amtsantritt Baschar al-Asads, sofort unterbunden. Der Hass der Bevölkerungsmehrheit auf die Alawiten wurde zum Garanten dafür, dass die Alawiten die eigene Führung nicht verrieten. Seit 2011 wird den Alawiten eingetrichtert: "Die Opposition besteht nur aus Mördern und Dschihadisten, die Euch umbringen wollen". Die Loyalität der eigenen Leute ist somit im Grunde eine Angstkonstruktion, welche bei einer Entspannung zusammenbrechen würde. Konsequenterweise wird al-Asad das Land eher weiter untergehen lassen als die Macht abzugeben. 2012 sahen wir in den Dörfern, durch die die "Brigade des Todes" – eine Abteilung der 3. Division in Idlib - gezogen war, riesige Graffiti an den zerschossenen Häusern: "al-Asad für immer oder wir brennen das Land nieder." Das war eine Ansage, die eingehalten wurde. Al-Asad wird alles versuchen, jede Einigung zu torpedieren.

Gelingt es aber, al-Asad aus dem Spiel zu nehmen, dann könnte relativ rasch eine grundsätzliche Einigung zwischen Oppositionellen und Regierungstreuen gefunden werden. Vor zwei Jahren gab es Geheimverhandlungen vermittelt durch das *Centre for Humanitarian Dialogue* in der Schweiz. Während Monaten sprachen relativ einflussreiche Vertreter beider Lager miteinander. Beide hatten Angst, dass ihnen irgendwann die Leute wegläufen, was ja seit einem Jahr massiv der Fall ist. Zudem legten sie Wert darauf, die Ausländer loszuwerden: die Opposition die Saudis, Tunesier etc., die Regimevertreter die Iraner, die Syrier wie eine Kolonie behandelten. Ebenso wenig will man von den Irakern oder der *Hizbullah* kontrolliert werden.

Es gibt also durchaus das Interesse auf beiden Seiten, das Land vor seiner völligen Selbstzerstörung zu retten. Das funktioniert aber nicht, solange ausländische Bündnispartner die beiden grossen Konfliktparteien (Opposition und Regierung) unterstützen. Vielmehr müssten sie sich darauf verständigen, dass es eine Lösung zwischen den beiden syrischen Parteien gibt. So könnte das Land zusammengehalten werden, was auch verhindern würde, dass die Kurden immer weiter davondriften. Danach könnte man gemeinsam den IS bekämpfen. Ich glaube, dass alle anderen Wege nur zu einer Fortsetzung des Grauens führen werden.

Alle Versuche des Irans oder Russlands, den Krieg zu Gunsten al-Asads zu beeinflussen, scheitern daran, dass auf Seiten des Regimes einfach zu wenige Männer da sind. Am Ende

ist Demographie eine sehr brutale und nüchterne Sache: Wenn man einer konfessionellen Gruppe von 70-75% der Bevölkerung gegenübersteht und diese als Gegner stigmatisiert, kann man sich selbst mit 10-12% nicht ewig an der Macht halten. Eine Diktatur kann nur solange funktionieren, wie die Untertanen mitziehen. Es wird in Syrien keine Ruhe geben, wenn es so wie jetzt weiterläuft. Dann wird das Land weiter geteilt werden und keine einheimische Fraktion wird in der Lage sein, den IS zu besiegen. Am Ende wird das zu somalischen Verhältnissen führen.

13. Exkurs – Bemerkungen zur Situation im Libanon

Je länger man im Libanon lebt, desto mehr hat man das Gefühl, dass das Land völlig dysfunktional, von aussen aber kaum zu destabilisieren ist. Ein Beispiel: Es gab in Tripoli über Jahre erbitterte Kämpfe zwischen den Alawiten auf der einen Seite und Salafisten auf der anderen. Schliesslich griff auch die libanesische Armee ein. Dann kam das Sicherheitsabkommen zwischen Hariris Lager und der *Hizbullah*, und innert dreier Tage war Tripoli ruhig. Quellen erklären das so, dass Tripoli immer der "Briefkasten" des Libanons war, wo man zeigte, was man kann und auf höchst zynische Art und Weise Kämpfe geschürt hat. Wenn man aber wirklich will, kann man die Gewalt abschalten, wie das Beispiel zeigt. Insgesamt und abgesehen vom Anschlag vom 12. November 2015 ist der Libanon heute ruhiger, als er es vor zwei Jahren war. 15 Jahre Bürgerkrieg in der Vergangenheit haben die Sinne dafür geschärft, wie man mit Krieg spielt, wie man Eskalationen bewusst herbeiführen, aber auch wieder eindämmen kann.

Im Libanon halten sich die wichtigen Religionsgruppen und grossen Familien/Clans elaboriert gegenseitig in Schach und machen miteinander Geschäfte auf Kosten des Staatshaushaltes. Sie haben kein Interesse an einem Zusammenbruch des Staates.

Das zeigt sich exemplarisch an der Müllkrise. Zweidrittel der Bevölkerung im Grossraum Beirut haben keine funktionierende Müllabfuhr mehr. Die verschiedenen Kartelle - inkl. der Drusen, der grossen Maronitenfamilien, Nabi Berri – haben von Verträgen mit der Entsorgungsfirma *Sukleen* profitiert. Diese verlangte USD 150 pro Tonne Müll und verteilte dieses Geld weiter an ihre Patrone. Die Drusen haben Geld von *Sukleen* bekommen, um eine illegale Müllkippe, welche eigentlich nur für zwei Jahre bestehen sollte, weiter offen zu lassen. Anwohner fochten dies erfolgreich vor Gericht an und protestierten gegen die Müllkippe. Diese wurde sodann geschlossen. Als Folge fand von einem Tag auf den anderen keine Müllentsorgung mehr statt. Niemand hatte sich Gedanken über Alternativen gemacht, da man weiter mit *Sukleen* und deren Müllkippe arbeiten wollte.

Auch die Stromversorgung funktioniert - je nach Region - kaum, da Verträge nie erfüllt wurden z.B. mit Stromschiffen aus der Türkei. Es gibt keine Grossprojekte, in die der libanesische Staat Geld investieren würde, weil er von sechs bis sieben grossen Familien, die Geld verdienen wollen, kontrolliert wird.

Für das Protokoll:

STAATSSSEKRETARIAT FÜR MIGRATION SEM

Direktionsbereich Asyl

Länderanalyse SEM